

November 2018

**Notizen von Herbsttagung
der 15. Landessynode, 26. – 29. November 2018
im Hospitalhof Stuttgart**

**mit der Bitte um Weiterleitung
an die Bezirkssynodalen und Kirchengemeinderäte**

Solider Haushalt und tiefe Gräben

Davon war die Herbstsynode geprägt. Hier der Bericht der Offenen Kirche.

Entschuldigung für erlittene sexualisierte Gewalt

Im Namen von Kirche und Diakonie bittet Landesbischof Frank Otfried July um Entschuldigung für erlittene sexualisierte Gewalt durch Mitarbeiter die Organisation selbst. „Wir stellen uns dem Leid und dem Schmerz derer, die im Raum der evangelischen Landeskirche und Diakonie sexualisierte Gewalt und Missbrauch erlitten haben“, so July. Die Württembergische Landeskirche sei in Aufarbeitung und Prävention bereits seit Jahren gut aufgestellt. July ermutigt Betroffene sich an die Anlaufstellen zu wenden:

<https://www.elk-wue.de/helfen/sexualisierte-gewalt/>

Segnung oder Trauung gleichgeschlechtlicher Paare?

Landesbischof July bringt nach dem Scheitern im Herbst 2017 einen neuen Gesetzesvorschlag für einen öffentlichen Gottesdienst anlässlich der Eheschließung zweier Menschen gleichen Geschlechts ein. Er betont die neu vorangestellte Präambel, nach der unterschiedliche Auslegungen gegenseitig zu respektieren sind.

Leidenschaftlich setzen sich die OK-Synodalen mit der aus ihrer Sicht unzureichenden Vorlage auseinander. Sie würdigen das weitergehende Engagement des Landesbischofs, sahen aber die OK-Argumente im Diskussionsprozess des letzten Jahres in keiner Weise aufgenommen. Vielmehr werde Diskriminierung festgeschrieben, von einer Trauung für alle Ehepaare kann keine Rede sein. Wird in der Präambel noch festgehalten, biblische Aussagen könnten unterschiedlich ausgelegt werden und beides habe Raum in der Kirche, so wird dies im folgenden Gesetzestext in keiner Weise durchgehalten. Den hohen Hürden (3/4-Mehrheit bei Pfarrerinnen und Pfarrern einer Gemeinde, 75%-Zustimmung im Kirchengemeinderat, Initiativrecht des OKR, Begrenzung auf 25% der landeskirchlichen Gemeinden) kann die OK nicht zustimmen. Im Vorfeld wurde wiederum nicht mit schwulen und lesbischen Gemeindegliedern oder mit Vertretern der Initiative Regenbogen gesprochen worden, das ist nicht akzeptabel. Die Vorlage wurde mehrheitlich in die Ausschüsse verwiesen. Einige Synodale der OK stimmten gegen eine weitere Befassung, andere machten deutlich, es gebe keine Zustimmung, wenn diese unverändert im Plenum zur Abstimmung kommt.

Solider Haushalt bei kritischer Prognose

Mit einer Steigerung der Kirchensteuereinnahmen auf 770 Mill. Euro rechnet Finanzdezernent Martin Kastrup und dankt den Kirchensteuerzahlerinnen und -zahlern. Für die Zukunft benennt er allerdings deutliche Risiken durch die Mitgliederentwicklung und konjunktureller Einflüsse. Vor allem für die Versorgungsleistungen der Pfarrerschaft ist weitere Vorsorge erforderlich. Da nur begrenzt möglich ist, die Einnahmen zu steigern, werde man sich künftig auf eine Reduzierung der Ausgaben einstellen müssen. Einzelne Schlaglichter:

- Ein Fonds für Ökumenische Notfallhilfe mit 1,5 Mill. wird aufgelegt, um bei aktuellen weltweiten Notlagen schnell handlungsfähig zu sein.
- Die Öffentlichkeitsarbeit der Landeskirche wird umgebaut.
- Die Notfallseelsorge wird mit 600.000 Euro gestärkt.
- Fortsetzung der Traumabegleitung von Flüchtlingen bleibt sichergestellt
- Das Tagungsstättenmanagement wird landeskirchenweit eingeführt.
- Die Landeskirche investiert in Solar- und Windparks.

Nach Anita Gröh, der Vorsitzenden des Ausschusses für den Ausgleichstock, werden bei Neubauten die meisten finanziellen Mittel für die Kindergärten aufgewendet. An zweiter Stelle stehen Gemeindehäuser, die als Ersatzgebäude für abgängige ältere Häuser erstellt werden. Weiterer Schwerpunkt sind Baumaßnahmen zur barrierefreien Erschließung von Kirchengebäuden. Gemeindehäusern und Gemeindezentren.



Anita Gröh
Vorsitzende des Ausschusses für den Ausgleichstock

Für den Gesprächskreis Offene Kirche bewertet Anita Gröh den Haushalt zwar als solide, aber alle Türen zur Welt werden geschlossen. In finanziell guten Jahren müsse die Kirche in die Gesellschaft hinein agieren. Von den Schwerpunkten Familie/Digitalisierung/Kommunikation/Personalmanagement ist nur einer nach außen gerichtet. Als Beispiele für Fehlsteuerung durch nennt Gröh: Von den elf Mill. Euro für den Entwicklungsdienst bleiben drei Mill. in Württemberg. Die Themen rund um die Bewahrung der Schöpfung und zur Friedensarbeit wurden nicht zusammengefasst. Dabei sind die globalen Klimaprobleme drängend, andererseits breiten sich Populismus und Antisemitismus aus. Stellenstreichungen in gesellschaftlichen Bereichen (Dienst für Mission, Ökumene und Entwicklung und Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) sind nicht vertretbar. „Wir brauchen keine Stellen für neue Aufbrüche, wir brauchen die Stellen für die Unterstützung vor Ort und nahe bei den Menschen wie bei der Klinikseelsorge.“ Die begrüßungswerte Aufstockung der Stellen für den christlich-jüdischen und für den christlich-muslimischen Dialog muss sofort umgesetzt werden. Bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums engagiert sich die Landeskirche nicht und werde einmal mehr ihrem Auftrag Salz der Erde zu sein nicht gerecht.

Gegen die negative Prognose bei den Kirchenaustritten wendet sich Martina Klärle. Vielmehr müssen wir heute so Kirche sein, dass die Menschen gerne dabei bleiben. Martin Plümicke kritisiert die ängstliche Finanzplanung. Mitglieder werden von kirchlicher Arbeit nicht überzeugt, wenn Stellen für die Arbeitswelt, für Mission, Ökumene und Entwick-

lung oder in der Krankenhauseelsorge gestrichen werden. In Zeiten hoher Grundstücks- und Immobilienpreise sollten diese für die Zukunftsvorsorge eingesetzt werden. Dafür wirbt Annelika Herrmann. Hellger Koepff fordert, künftig den Zielstellenplan als Ganzen im Plenum zu beraten, um neue Schwerpunktsetzungen vornehmen zu können. Viola Schrenk kritisiert die Halbierung der Stellen beim Dienst für Mission, Ökumene und Entwicklung. Damit zieht sich die entwicklungspolitische Arbeit aus der Fläche zurück.

Der Haushalt wurde mehrheitlich beschlossen, einige Synodale der OK lehnten ihn ab.



Stefan Werner und Frank Otfried July

Konzentration statt einer Fülle von neuen Projekten – Strategische Planung des OKR

Direktor Stefan Werner und Landesbischof Frank Otfried July warnen vor zunehmender kirchlicher Atemlosigkeit. Die Fülle der Projekte müsse begrenzt werden. Schwerpunkte werden sein: Präsenz in der Wertediskussion, Ehe, Partnerschaften und Familie stärken, Digitalisierung gestalten, Personalwesen im Oberkirchenrat überprüfen, weiterentwickeln, neues Kommunikationskonzept.

den klaren Auftrag, das Evangelium mit Herzen, Mund und Händen unter die Leute zu bringen, Menschen sprachfähig zu machen, ihren Glauben leben und weitergeben zu können. Tatkräftig müssen wir für die da sein, die Hilfe brauchen und den Mund für die Stummen aufzutun. Kirche darf sich nicht mit sich selbst beschäftigen. Sie fordert eine ethische Befassung mit Fragen der Digitalisierung und bleibende Solidarität mit den Geschwistern der Einen Welt. Daher beantragt die OK, die im Pfarrplan wegfallenden Pfarrstellen für Menschen anderer Berufsgruppen zu öffnen.

Die Synodalen der Offenen Kirche nahmen zum Bericht des OKR Stellung:

Markus Mörike kritisiert den Bericht als Nabelschau. Er vermisst Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarung von Familie und Beruf, die zur Gewinnung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nötig sei. Entscheidend sind: Teilzeit, Gleitzeit, Sabbatquartale, home office, Kinderbetreuungsangebote. Nach der Beteiligung der Landessynode an der strategischen Weiterentwicklung fragt Jutta Henrich. Es gäbe deutlich weniger Projekte, wenn die Landeskirche auf anderem Weg neue Stellen schaffen würde. Einmal mehr kritisiert Martina Klärle die Kirchensprache im Bericht. Weiter unterstreicht sie, Europa dürfe sein Gesicht nicht verlieren. Darum müsse die Kirche sich weiterhin gegen den Rechtspopulismus einsetzen. Die Klimaschutzfragen seien ihr viel zu gekommen. Hellger Koepff will kirchlich Engagierte befähigen, mit Menschen zu diskutieren, die dem rechten Spektrum nahestehen und in den Gemeinden aktiv sind. Die Bildungswerke sollten unterstützend tätig werden.

Robby Höschele fragt, warum immer noch nur von „Ehe und Familien stärken“ und nicht von

Elke Dangelmaier-Vinçon erinnert für die OK an



Elke Dangelmaier-Vinçon

„Ehe, Partnerschaft und Familie stärken“ gesprochen werde. Außerdem sei die Landeskirche zwar in der Öffentlichkeit präsent, habe Kontakt zu Politik, Gremien und Interessenverbänden. „Warum wird nicht in gleichem Maße Wert darauf gelegt, auf dieser Ebene engagierte Kontakte zu Kunst- und Kultureinrichtungen und -verbänden zu pflegen?“

Transparente Öffentlichkeitsarbeit mahnt Angelika Herrmann an. Sie begrüßt das Kommunikationskonzept der Landeskirche. Fehlende Priorisierung zeige sich beim Klimaschutz, die Stelle des Energiemanagers sei viel zu lange unbesetzt, bei der Elektromobilität hinke die Kirche hinterher. Ein Klimaschutzkonzept sei dringend erforderlich. Enttäuschend ist das Fehlen des Landeskirchenmusikplans als eigener Schwerpunkt, denn er führt alle Musikstile zusammen, kritisiert Christiane Mörk. Kirchenmusik wirkt in die Öffentlichkeit und lädt zum Glauben ein, daher muss die Förderung der Kirchenmusik beibehalten bleiben.

Neue Verwaltungsstrukturen werden entwickelt

Auf die gestiegenen Anforderungen in der Verwaltung will die Landeskirche mit einer Bündelung auf der mittleren Ebene reagieren. Derzeit werden die Strukturen erarbeitet.

Im Namen des Strukturausschusses unterstützt Elke Dangelmaier-Vinçon das Konzept. Entscheidend sei Rollenklarheit zwischen Landeskirche, mittlerer Ebene und Kirchengemeinden. begrüßt die Grundrichtung. Die Hoheit der Kirchengemeinden über die eigenen Finanzen müsse sichergestellt bleiben, so Martin Plümicke. Die Trägerschaft kann darum nur bei einem Zweckverband der Gemeinden liegen. Die Ämter von Kirchenpflege, Verwaltungsstellenleitung und Bezirksrechner dürfe nicht in einer Hand liegen. Er plädiert für den Zusammenschluss zu großen Kirchengemeinden. Hellger Koepff stellt die positive Entwicklung des Biberacher Verwaltungszentrums dar und rät zu flexiblen Lösungen angesichts unterschiedlicher Regionen der Landeskirche.

Kommt ein neues Finanzierungsmodell für die Kindergartenarbeit?

Für die Kindergartenarbeit brauchen die Gemeinden mehr Geld. Dazu könnte aus der Gesamtsumme der Gemeindefinanzen ein eigener neuer Ausgleichstock aufgebaut werden. Diese Mittel aber, so Martin Plümicke, fehlen an anderer Stelle, etwa in Kirchenmusik oder Jugendarbeit. Anita Gröh erinnert an die Verpflichtung der Kommunen, die Kindergartenarbeit zu finanzieren. Peter Reif spricht sich für eine Stärkung der Kindergartenarbeit aus, die regional unterschiedlich aussehen kann. Hellger Koepff warnt vor der Begehrlichkeit, dass weitere Arbeitsfelder in ähnlicher Weise sonderfinanziert werden sollen. Werner Pichorner sieht in der Kindergartenarbeit einen großen Schatz.

Neue Impulse für die Konfi-Arbeit

Die Rahmenordnung wurde neu gefasst. Die Konfi-Arbeit ist Sache der ganzen Gemeinde und deren Leitung. Familien rücken stärker in den Blick, das Lebensgefühl und die Einstellungen der Konfis sollen stärker im Fokus stehen. Ein Schwerpunkt ist die Beteiligung von Kindern mit Behinderung. Das Gespräch mit Vertretern anderer Religionen soll eingeübt werden, weil das für die Ausbildung einer religiösen Identität wichtig ist.

Ulrike Sämann nennt die Konfirmandenzeit einen Erprobungsraum. Jugendliche probieren Einstellungen aus, erleben, was Gemeinde bedeutet. So wird die Konfi-Zeit zum Doppelpunkt auf einem Weg des Glaubens. Moritz Wildermuth beantragt die verbindliche Einführung von Konfi-3, wofür der OKR ein Konzept erarbeiten soll. An schwierige familiäre Situationen bei Scheidungsfamilien erinnert Waltraud Bretzger. Wenn Eltern sich über die Teilnahme am Konfirmandenunterricht nicht einig sind, leidet das Wohl des Kindes. Wie kann die Kirche helfen?

Jugendarbeit und Schule

„Jugendarbeit macht sich auf den Weg in die Schule, um den Lebensraum Schule mitzugestalten“, stellt Oberkirchenrat Norbert Lurz fest. Der OKR prüft weitere Unterstützung für Projekte im Rahmen des Qualitätsrahmens, der im Schuljahr 2019/2020 für die Ganztagschulen maßgeblich ist.

Religionslehrkräfte werden knapp

Die Schülerzahlen gehen langsamer zurück als prognostiziert. Nach jüngsten Prognosen werden sie sogar wieder steigen. Zwischen 2019 und 2032 fehlen Religionslehrkräfte. Die Landeskirche stellt jährlich acht Personen mehr ein, um in den Schulen präsent bleiben zu können. Für das Studium der Religionspädagogik soll breit geworben werden.

Erschreckende Verfolgung weltweit

Kirchenrat Klaus Rieth berichtet über erschreckende Flucht- und Verfolgungserfahrungen weltweit. 68,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht, letztes Jahr waren es noch drei Millionen weniger, vor zehn Jahren noch 37,5 Millionen. Sie fliehen vor Krieg, Konflikten, und Verfolgung. 85% der Geflüchteten leben in Entwicklungsländern.“ Im Libanon machen die Geflüchteten 35% der Bevölkerung aus, in Europa 0,5%, in Deutschland 3%. Exemplarisch stellt Rieth die komplexe Verfolgungssituation in Nigeria und in Kamerun dar.

Die Landeskirche unterstützt Kirchen und Christen in Krisenregionen aber auch die kleinen Kirchen in Österreich oder Osteuropa, um sie in ihrem Engagement für die Geflüchteten zu stärken. Der erschütternde und lesenswerte Bericht ist unter folgendem Link zu finden:

https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Wir/Synode/2018/03_Herbstagung/Berichte_und_Reden/TOP_13_-_Verfolgungssituationen_-_Klaus_Rieth.pdf

Angelika Klingel ist über den Rechtsruck weltweit und bei uns empört. Sie sieht Landessynode und Landeskirche in der Pflicht sich deutlich zu positionieren. Elke Dangelmaier-Vinçon fordert die Kirchen auf, ihre weltweiten Kontakte verstärkt zu nutzen, breit zu informieren und politische Lobbyarbeit für die Menschen in den Krisenländern zu machen.

Entwicklungen in der Arbeit mit Geflüchteten

Es ist Gottes Geist, der in uns den Mut wirkt, uns in der Gesellschaft zu engagieren – hierzulande, in Europa und weltweit. Gottes Geist macht uns frei für die Anderen, für eine Liebe, die keine Ober- oder Untergrenzen kennt und die nicht nach Quoten misst. Das leitet Oberkirchenrat Dieter Kaufmann im Bericht über die Entwicklung der Flüchtlingsarbeit. Geflüchtete sind vermehrt dezentral untergebracht. Die Asylpolitik wird zunehmend restriktiv. Haupt-



Markus Mörike

und Ehrenamtliche brauchen Rechtsberatung und psychosoziale Unterstützung. Schwerpunkt der Flüchtlingsdiakonie ist die Prävention gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Über die Diakonie-Katastrophenhilfe wird ein Netzwerk von Familienassistenten für Roma-Familien, die nach Serbien zurückkehren, aufgebaut.

Markus Mörike würdigt das breite und kräftezehrende Engagement in Gemeinden und Diakonie. In der Flüchtlingsarbeit haben Gemeinden Kontakt zu Menschen gewonnen, die mit Kirche bisher nicht viel am Hut hatten, diese aber als Treiber und Player vor Ort wahrgenommen haben. Jetzt gelte es, den subtilen und immer hemmungsloseren Ausgrenzungs- und Ablehnungsbestrebungen der Populisten entschlossen entgegenzutreten.

Die vielen Ehrenamtlichen brauchen weiterhin hauptamtliche Koordination. Hauptamtliche, deren Verträge 2020 auslaufen und die Ehrenamtlichen, wollen wissen: Wie geht es jetzt weiter? Braucht man uns noch? Können wir uns auf weitere Unterstützung verlassen? Ist unsere Arbeit noch erwünscht? Es braucht ein rasches Signal der Landessynode, wie es weitergeht.

Marina Walz-Hildenbrand sieht das Geld für die Flüchtlingsarbeit bestens eingesetzt. Es wird sichtbar, dass Kirche glaubwürdig für eine offene und demokratische Gesellschaft eintritt. In den Koordinierungsstellen in den Kirchenbezirken arbeiten hochkompetente und engagierte Frauen und Männer. Sie sollten rasch Sicherheit für die Zeit nach 2020 bekommen.

Die Konfi-Aktion „5000 Brote“ sind, so Christiane Mörk, ein guter Einstieg, damit junge Menschen in die globalen Zusammenhänge eingeführt werden. Gemeinden, für die Flüchtlingsarbeit noch kein Thema ist, können so auf den Geschmack kommen.

Angelika Herrmann nimmt vor Ort eine Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik wahr. Steigender politischer Druck wird an die Geflüchteten und die Ehrenamtlichen weitergegeben. Im Alter von 21 fallen die jungen Menschen aus den Unterstützungsmaßnahmen heraus, brauchen jedoch weiterhin Hilfe etwa bei der Wohnungssuche.

Pfarrplan verabschiedet

Für Oberkirchenrat Wolfgang Traub ist der Pfarrplan 2024 unumgänglich, weil die Besetzung der Pfarrstellen nicht dem Markt überlassen werden darf. Neben der Anpassung an die Entwicklung der Gemeindeglieder, der Pfarrpersonen und der Finanzen bezeichnete er den Pfarrplan als notwendiges Instrument zur Strukturplanung. Auf die unterschiedlichen Entwicklungen in den verschiedenen Regionen muss reagiert werden.

Mit einer Kürzung von 184,75 Stellen (13,3 Prozent) ist der aktuelle Pfarrplan der umfangreichste. Darum wurde er mit mehr Unterstützungsmaßnahmen als früher begleitet. Neben finanziellen Mitteln für Strukturveränderungen und Entlastungsmaßnahmen hält die Landeskirche über das Projekt SPI ein umfangreiches Beratungsangebot bereit. Traub begrüßt die Perspektive vieler Kirchenbezirke, im Blick auf den Pfarrplan 2030 schon jetzt langfristige Lösungen in den Blick genommen zu haben.

Martin Plümicke nimmt für die OK Stellung. Die Gemeindeglieder konnten keineswegs von der Notwendigkeit überzeugt werden. Als Begründung für die Pfarrpläne werde fehlendes Geld und fehlende Pfarrpersonen genannt. Die kirchlichen Spardebatten lassen die Kirche als unattraktiven Arbeitgeber erscheinen. Durch finanzielle Kürzungen und die Sorge vor den Herausforderungen im Gemeindepfarramt wurden junge Menschen vom Theologiestudium abgehalten. Angesichts der derzeitigen finanziellen Möglichkeiten fordert Plümicke eine zehnjährige Pause für die Pfarrpläne. Kurzfristig solle von 2020 bis 2029 über eine Sonderzuweisung ein Teil des Geldes den Gemeinden mit einem Betrag von 10 Euro pro Gemeindeglied pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Damit kann der gestiegene Bedarf in den Gemeinden durch die Erhöhung Pastoralionsdichte aufgefangen werden.

Robby Hörschele kritisiert die Halbierung der Stelle des landeskirchlichen Kunstbeauftragten. Dafür vermisst er jede inhaltliche Begründung und erkennt ein geringes Interesse der Kirchenleitung an kulturellen Themen.

Christiane Mörk hält theologische Kompetenz für unerlässlich, will aber eine kunsthistorisch ausgebildete Person an der Seite der 50%-Pfarrstelle wissen.

Die Landessynode nimmt den Pfarrplan mit einer Enthaltung zustimmend zur Kenntnis.

Regelungen für den Pfarrdienst

Pfarrerinnen und Pfarrer können künftig in der Elternzeit mit Dienstaufträgen von unter 50% etwa im Religionsunterricht eingesetzt werden.

Kontrovers diskutiert wurden Ruhestandsbezüge. Pfarrehepaare hatten in den 1980er Jahren die Zusage von Vertretern der Kirchenleitung, dass die Zeiten, in denen sie zusammen nur 100% arbeiten dürfen, für die Pension nicht negativ ins Gewicht fallen. Damit sollten damals Einsparungen erzielt werden. Da es jedoch dafür keinen Rechtsanspruch gebe, wurde eine entsprechende Regelung nicht beschlossen.

Evangelische Kirchen in Europa

Im Basler Münster tagte im September die 8. Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE). Jutta Henrich sieht die dort vorgetragene „Theologie der Diaspora“ auch für nicht als Minderheit lebende Kirchen wegweisend. Minderheitenkirchen sind Avantgarde, die mutig neue Wege geht, Minderheitenkirchen sind Leuchttürme. Im Sinne einer „Öffentlichen Theologie“ wirken sie vom Evangelium her in Staat, Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft mit. Das nimmt in den einzelnen Ländern unterschiedliche Gestalt an.

Fusionen von Kirchenbezirken

Die Landessynode macht den rechtlichen Weg für die Fusion der Kirchenbezirke Calw und Nagold (neu: Calw-Nagold) frei. Ein entsprechender Antrag für Weinsberg und Neuenstadt wurde in den Rechtsausschuss verwiesen.

Kirche elektrisiert

Der Oberkirchenrat plant ein Projekt zur E-Mobilität für kirchliche Mitarbeiter. Durch ein attraktives Rahmenabkommen mit Herstellern sollen Mitarbeiter E-Fahrzeuge leasen können. Für die Lademöglichkeiten sollen die Pfarrhausrichtlinien angepasst werden. Die Synode begrüßt das Projekt.

Geistlich leiten – vom Geist geleitet.

Die Impulse des Schwerpunkttages im Sommer werden aufgenommen durch einen Antrag, Kirchengemeinderatssitzungen mit geistlicher Schwerpunktsetzung finanziell zu unterstützen. Das Bewusstsein für die Beichte soll neu gestärkt werden.

Bericht: Hellger Koepff, Biberach

Alle Informationen über die Herbstsynode finden Sie unter dem folgenden Link:

<https://www.elk-wue.de/wir/landessynode/sitzungen-der-landessynode/herbsttagung-2018/>